



SDG – Forschung, Konzepte, Lösungsansätze zur Nachhaltigkeit

Andreas Thiesen *Hrsg.*

Die soziale Welt der Transformation

Transdisziplinäre Aspekte einer
transformativen Sozialen Arbeit



Springer VS



Stadt für alle und von allen – 365 Tage des guten Lebens?

Davide Brocchi

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	141
Nachhaltigkeit	143
Nachhaltige Transformation	145
Partizipation, Kommunikation und Ko-Kreation	148
Der „Tag des guten Lebens“ als Spielwiese der Alternativen	149
Literatur	153

Einleitung

Jede*r Bürger*in ist ein*e Transformator*in. Jede*r Wissenschaftler*in trägt immer eine gesellschaftliche Verantwortung. Jede*r Unternehmer*in wirkt als Aktivist*in. Fragt sich nur, für welche Entwicklung. Bisher hat der überwiegende Teil der gesellschaftlichen Akteur*innen die *kapitalistisch-industrielle Transformation* bewusst oder unbewusst mitgetragen. Sie begann vor einigen Jahrhunderten und dominiert immer noch. Im Kulturprogramm der Modernisierung wird sie als „alternativlos“ begriffen und legitimiert (Brocchi, 2024a, S. 77 ff.). Darin wird die Marktwirtschaft so hingenommen, als wäre sie das unausweichliche Schicksal der Menschheit. Stellt eine Partei die Marktwirtschaft infrage, gilt sie als „nicht-regierungsfähig“. Eine Politik ohne Alternativen verkommt

D. Brocchi (✉)
Köln, Deutschland
E-Mail: info@davidebrocchi.eu

jedoch zur bürokratischen Verwaltung. Ohne echte¹ Freiheit wird die Gesellschaft zur „Megamaschine“ (Mumford, 1974), in der gut ist, was funktioniert – Menschen inbegriffen. Weicht etwas von der mechanischen Ordnung ab, wird es als „Devianz“ behandelt, entsprechend abgewertet, verdrängt, unterdrückt – oder assimiliert. In diesem Kontext ist Wandel lediglich als „moving equilibrium“ und „geordneter Prozess (...) hin zu einem statischen Gleichgewicht“ (Parsons, 1951, S. 23) vorstellbar und wird als „Fortschritt“ gestaltet (Bury, 1979; Sbert, 2010). „Innovation“ wird dabei großgeschrieben, allerdings nur, wenn sie systemkonform ist. Umweltorientierte Innovationen haben es hingegen schwer. Während die neoliberalen Globalisierung und die Digitalisierung in wenigen Jahren durchgesetzt wurden, haben selbst 28 UN-Klimakonferenzen bisher nicht ausgereicht, um die globalen Treibhausgasemissionen zu reduzieren (The Global Carbon Budget, 2023). Im heute noch dominanten Entwicklungsmodell der Modernisierung werden vor allem Lösungsansätze verfolgt, die auf eine Systemstabilisierung durch Anpassung, Reparatur, Optimierung, Kompensation oder Kostenexternalisierung (Lessenich, 2017) zielen. Das gilt auch für die „ökologische Modernisierung“ und das sogenannte „grüne Wachstum“. Im Kampf gegen den Klimawandel hieß die Formel der Ampel-Regierung 2021 „Mehr Fortschritt wagen“ (SPD et al., 2021). Aber können die Probleme wirklich durch ein „Mehr vom Gleichen“ gelöst werden?

Die bisherige kapitalistisch-industrielle Transformation hat wesentlich zur heutigen *Polykrise*² (Tooze, 2022) beigetragen. Diese ist keine Naturkatastrophe, sondern das Resultat von bewussten Entscheidungen – Entscheidungen, die „im Rahmen privater und/oder staatlicher Organisationen getroffen werden (...), auf der Grundlage eines Kaliküls, bei dem Gefahren als unvermeidliche Schattenseite des Fortschritts gelten“ (Beck, 2008, S. 17). Ohne diese strukturelle Nicht-Nachhaltigkeit zu überwinden, kann keine Nachhaltigkeit gelingen.

Die Jahre 2007–2010 stellten eine Zäsur für die Entwicklung unserer Gesellschaft dar. Durch die Weltfinanzkrise, das Scheitern der UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen und die Skandale um Großprojekte wie Stuttgart 21 starb damals die Illusion, dass die Lösung für die großen Probleme des 21. Jahrhunderts vom Staat und/oder

¹ Wie unterscheidet sich eine „echte“ von einer „unechten“ Freiheit? Die westliche Gesellschaft begreift sich zwar als frei, doch die konsumistische Freiheit ist hier weitreichender als die gestalterische. In einem Kontext der sozialen Ungleichheit ist die Freiheit der einen manchmal die Unfreiheit der anderen. In Unternehmen oder in Redaktionen herrschen meistens Hierarchien. Auch die Abhängigkeit von Lohn und „Drittmittern“ macht nicht unbedingt frei. Die Aufklärung hat die Menschen nicht vollständig befreit, sondern neue Formen von Herrschaft erzeugt, die zum Beispiel auf einer „instrumentellen Vernunft“ basieren (Horkheimer, 1991). Für Norbert Elias (1990) sind die Autoritäten der Kirche und des Staates in der Moderne nicht verschwunden, sondern verinnerlicht worden und wirken sich als „innerer Zwang“ aus.

² Der Begriff „Polykrise“ wurde vom französischen Komplexitätstheoretiker Edgar Morin eingeführt. Damit verband er einen Komplex von Krisen, die ineinander verwoben sind und sich überlagern. So besteht das zentrale Problem der Gegenwart nicht in einer einzelnen Bedrohung, sondern in der „komplexen Intersolidarität von Problemen, Antagonismen, Krisen, unkontrollierbaren Prozessen und der allgemeinen Krise des Planeten“ (Morin & Kern, 1999, S. 74; eigene Übersetzung).

vom Markt kommen würde. So begann die Zivilgesellschaft, sich selbst zu ermächtigen. Mit dem Slogan „Wir sind die 99 %“ forderte die „Occupy-Wall-Street-Bewegung“ eine demokratische Kontrolle der Märkte (Candeias & Völpel, 2014). Gleichzeitig internationalisierte sich die britische „Transition-Town-Bewegung“³. Darin begannen die Bürger*innen den Klimaschutz vor der eigenen Haustür anzupacken und Schritte in eine postfossile Stadt einzuleiten. Gegen die Stadt als Spekulationsobjekt bildeten sich vielerorts Bürger*inneninitiativen. Sie fragten: „Wem gehört die Stadt?“ und forderten ein „Recht auf Stadt“ (Correctiv o. J.; vgl. dazu auch den Beitrag von Maximilian Pichl in diesem Band). All diese Bewegungen waren in der Überzeugung vereint, dass der Weg, der in die Polykrise geführt hat, nicht jener sein kann, der uns aus ihr herausholt. Während die Top-down-Steuerung der Gesellschaft die Polykrise verursacht hat, erfordert eine *nachhaltige Transformation* neue Governance-Formen (vgl. dazu auch den Beitrag von Vivien Katharina Albers und André Bruns in diesem Band). Eine Megamaschine kann perfekt funktionieren – und gleichzeitig gegen eine Wand fahren. In diesem Fall reichen Systemstabilisierungen nicht aus: Ein „Systemwechsel“ (Merkel, 1999, S. 15) wird benötigt, sprich, ein „weltweiter Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft“ (WBGU, 2011, S. 5).

Wie lösen wir uns also von der kapitalistisch-industriellen Transformation, um in die nachhaltige Transformation zu gelangen? Eine Möglichkeit wäre, diesen historischen Wandel als einen individuellen und kollektiven Lernprozess zu betrachten und zu gestalten. Dafür plädiert dieser Aufsatz. Nach einer Begriffsklärung werden Wege in die partizipationsorientierte Transformation zur Nachhaltigkeit dargestellt.

Nachhaltigkeit

Wie „Gesellschaft“, „Kultur“ oder „Natur“ gehört auch „Nachhaltigkeit“ zu den komplexen und voraussetzungsreichen Begriffen. Für begrenzte Wesen wie den Menschen ist Komplexität nie ganz greifbar und kontrollierbar, und trotzdem können wir auf komplexe Begriffe nicht verzichten, denn sie dienen als kognitive Markierungen auf weiten Feldern und bieten dadurch Orientierung (vgl. dazu auch den Beitrag von Gunter Weidenhaus und Jochen Kibel in diesem Band). Komplexe Begriffe werden jedoch immer unterschiedlich verstanden. Im Fall der Nachhaltigkeit sind gegenwärtig *institutionelle Verständnisse* relativ verbreitet, die sich auf Dokumente der Vereinten Nationen (Brundtland Bericht, Agenda 21, die 17 SDGs etc.) beziehen. Da sie von jenen Regierungen verabschiedet wurden, die bislang eine nicht-nachhaltige Entwicklung gefördert haben, sind sie besonders widersprüchlich (Eblinghaus & Stickler, 1996). *Enge Verständnisse* von Nachhaltigkeit sind hingegen stark durch die Naturwissenschaften geprägt. Entweder

³ 2007 wurde im englischen Totnes die erste Transition-Town-Initiative von Permakultur-Dozent Robert Hopkins gegründet. Sie gilt als Vorbild für eine weltweite Bewegung: Mittlerweile gibt es etwa 4000 Transition-Initiativen in circa 50 Ländern. Im Vordergrund steht hier der Übergang der Städte zu einem postfossilen Energierégime ohne Öl und Kohle (vgl. Hopkins 2008).

sind sie ökologisch oder ökonomisch zentriert – oder versuchen Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen. Ihr Ursprung liegt in der deutschen Forstwirtschaft: Die Maxime „nicht mehr Bäume fällen, als nachwachsen können“ von Hans Carl von Carlowitz (2013 [1713]) wurde ab den 1970ern auf alle Ressourcen übertragen (Basler, 1972; Grober, 2010, S. 227). Damals löste der erste Bericht des Club of Rome, „Die Grenzen des Wachstums“ (Meadows, 1972), die gegenwärtige Nachhaltigkeitsdebatte aus. Transformativ kann sich jedoch vor allem ein *weites Verständnis* von Nachhaltigkeit auswirken, das neben der ökologischen und der ökonomischen auch die soziale und kulturelle Dimension umfasst. Dabei ist Nachhaltigkeit ein Dachbegriff für „Visionen einer anderen Entwicklung“ (Dag Hammarskjöld Foundation, 1975; Tarozzi, 1990). Diese Visionen wurzeln in den sozialen und ökologischen Bewegungen, die sich jeweils im 19. und im 20. Jahrhundert als Reaktion auf die Missstände der kapitalistisch-industriellen Transformation bildeten. Sie kämpften für mehr Gerechtigkeit und für eine Emanzipation der inneren und äußeren Natur des Menschen von der Megamaschine.

Zwei komplementäre Definitionen von Nachhaltigkeit sind besonders relevant:

1. Nachhaltigkeit ist die Notwendigkeit, evolutionären Sackgassen in der Entwicklung der Gesellschaft vorzubeugen. Hier steht Nachhaltigkeit für *Krisen-Resilienz* (Widerstandsfähigkeit). Ein wichtiger Faktor der Krisen-Resilienz von sozialen Systemen ist die Autonomie – zum Beispiel vom übermäßigen Ressourcenverbrauch. Städte, in denen weniger Öl verbraucht wird, weil mehr Fahrrad statt Auto gefahren wird, schützen nicht nur das Klima, sondern auch sich selbst vor Ölrisiken und steigenden Ölpreisen. Autonomie bedeutet auch die Möglichkeit der Selbstorganisation und der Subsidiarität. So sind dezentrale Organisationsstrukturen nachhaltiger als zentralistische. Die Widerstandsfähigkeit von Systemen schließt die Fähigkeit zum Widerstand mit ein. Beispielsweise kann es keine Nachhaltigkeit ohne soziale Gerechtigkeit geben (Brocchi, 2019), denn die historische Ungleichheit zwischen „Eliten“ und „Massen“ war in der bisherigen Geschichte der Menschheit – neben der Übernutzung von Naturressourcen – eine wesentliche Ursache des Untergangs von Zivilisationen (Motesharrei et al., 2014). Ein weiterer bedeutender Resilienz-Faktor ist das Sozialkapital (Putnam, 2000), also die Fähigkeit, unentgeltlich miteinander zu teilen, Verantwortung und Solidarität eingeschlossen. Während Monokulturen (ökonomische und geistige inbegriffen) besonders anfällig für Krisen sind, stärkt Vielfalt die Resilienz von ökologischen und sozialen Systemen (UNESCO, 2001). Freiräume für Alternativen (Urban Gardening, Repair-Cafés, Parallelwährungen etc.) machen Städte und Gemeinden in Krisenzeiten beweglicher.
2. Nachhaltigkeit ist eine Chance, weil sie die Frage nach einem *guten Leben* stellt, das nicht auf Kosten anderer geht – künftige Generationen und Natur inbegriffen. Während Wohlstand bisher wirtschaftszentriert begriffen und mit Massenkonsum und Wirtschaftswachstum (Bruttoinlandsprodukt) gleichgesetzt wurde, erfordert Nachhaltigkeit ein multidimensionales Verständnis davon. Im „World Happiness Ranking“ der

Vereinten Nationen rangieren regelmäßig skandinavische Länder an der Spitze, weil ein starker Gemeinsinn und weniger soziale Ungleichheit für das Wohlbefinden der Menschen viel entscheidender sind als die individuelle Freiheit, möglichst viel Geld zu verdienen (Helliwell et al., 2020). Die Dän*innen sind für eine starke öffentliche Daseinsvorsorge sogar bereit, deutlich mehr Steuern zu zahlen.⁴ Auch wenn die skandinavischen Länder an anderen Stellen keine Vorbilder sind (z. B. dänische Migrationspolitik, ökologischer Fußabdruck), zeigt ihr Beispiel, dass Menschen im Rahmen einer Gesellschaft mehr miteinander teilen können, wenn eine Vertrauenskultur herrscht (Bjørnskov, 2021). In bunten, lebendigen Orten fühlen sich die Menschen wohler, Freiheit und Toleranz kommen allen zugute.

Nachhaltige Transformation

Wie ist also auf einem begrenzten Planeten ein friedliches Zusammenleben in der Vielfalt möglich? Das ist die zentrale Frage einer nachhaltigen Transformation. Denn von der Form des Zusammenlebens hängt es ab, wie Menschen mit ihrer Umwelt umgehen. Dort, wo Menschen kooperieren und miteinander teilen, ist der Naturverbrauch geringer. Demgegenüber ist er dort höher, wo Menschen um Status konkurrieren und Dinge lieber besitzen. So erfordert Nachhaltigkeit mehr Kooperation statt Konkurrenz, mehr Gemeinwesen statt Privatwesen. Egal, ob es um Weltpolitik, Wohnpolitik, Wirtschaftspolitik oder Klimapolitik geht: Wie sich die Akteur*innen zu einer Sache verhalten, hängt von der Qualität ihrer Beziehungen und von den Verhältnissen innerhalb der Gesellschaft ab. Daher macht es einen großen Unterschied, ob Entscheidungen top-down vorgegeben oder partizipativ mitbestimmt werden; ob lokale Transformationsprozesse in einer Atmosphäre des Vertrauens oder des Misstrauens stattfinden. Um es ganz grundlegend zu formulieren: Wer das Menschenbild des „Homo oeconomicus“ verinnerlicht hat, tut sich weder mit Kooperation noch mit Gemeinwohl leicht (Bregman, 2022). Im Kampf gegen den Klimawandel reichen deshalb Windräder und Elektroautos nicht aus: Es geht – so viel sollte klargeworden sein – um eine Veränderung der sozialen und kulturellen Verhältnisse innerhalb der Gesellschaft.

Eine besondere Strategie, um ein friedliches Zusammenleben in der Vielfalt zu ermöglichen, ist die Demokratie. Sie entstand auf der Agora, dem Platz inmitten der altgriechischen Polis. Hier trafen sich die Bürger regelmäßig, um gemeinsam über die Entwicklung ihres Stadtstaates abzustimmen. Im Vergleich zur heutigen repräsentativen Demokratie, in der die eigene Verantwortung delegiert wird, war die griechische Demokratie stärker und direkter. Und doch war diese exklusiv, denn Frauen, Kinder und Fremde hatten auf der Agora keinen Platz. Zudem wurde die damalige Demokratie auf den Schultern der Sklaven errichtet und basierte damit auf Ausbeutung. An diesem

⁴ Die Steuerquote liegt in Dänemark bei 41,8 %, in Deutschland bei 24,7 % (Bundesministerium der Finanzen 2024).